

In der Hauptvergabe oder den im Stadtgebiet und den Vororten erschienenen Zusatzblättern abgezahlt; vierzehntäglich 44.-50,- bei preiswüriger häufiger Auslieferung zw. Bank 4.-50,- Durch die Post bezogen für Deutschland und Österreich: vierzehntäglich 4.-6.- Diese möglichste Ausgabenkosten ist natürlich monatlich 4.-7.00.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 7/8 Uhr, die Abend-Ausgabe Montags um 5 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Johannesthal 8.

Die Expedition & Hochzeitung ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:

Otto Niemann's Sortiment, Alfred Hahn, Unterstrassstraße 1.

Louis Höhne,

Katherinenstr. 14, post. und Röntgenstr. 7.

Nr. 179.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die königlichen, bisher noch nicht zur Verfolgung gelangten 2%igen Schuldenverschreibungen der Staat-Güterbahn vom 22. Juli 1896 werden im Konto des Herrn Finanzministers am 1. November 1896 zur laufenden Rückzahlung freigegeben.

Die Besitzer werden aufgefordert, die Rennbeiträge der Schuldverschreibungen vom 2. November 1896 ab bei einer der nachgeführten Stellen und zwar:

- a. in Leipzig bei den Königlichen Eisenbahn-Statthalterei, Th. Bahnhof,
- b. in Frankfurt a.M. und in Erfurt bei den Königlichen Eisenbahn-Direktionen,
- c. in Berlin bei dem Bankhaus von Jacob Landau und bei der Berliner Handelsgeellschaft,
- d. in Berlin bei dem Bankhaus von Merc. Dink & Co., gegen Leitung und Ladung der Schuldenverschreibungen, zul. der Bahn gehörigen, ebenfalls noch nicht fälligen Einschreibebuches I Nr. 20 nach Einschreibewünschen zu erheben. Wegen dem Capitalbetrag der Schuldenverschreibungen werden gleichzeitig noch die Schilderungen für die vier Monate Jahr bis einschließlich Oktober 1896 gestellt werden.

Die Schuldenverschreibungen nebst den zugeschlagenen Zinssteinen und Zinssteuerabsetzungen können über die vorbeschriebenen Stellen schon vom 1. Oktober d. J. ab eingezogen werden, welche die Effects der Staatschulden-Tilgungssumme zur Abrechnung vorgelegen hat und nach erfolgter Bezahlung die Auszahlung vom 2. November d. J. ab erzielen.

Der Betrag der etwa fällenden Zinssumme wird vom Capitale zurückgehalten.

Vom 1. November 1896 ab hört die Verzinsung dieser Schuldenverschreibungen auf.

Der durch unsere Bekanntmachung vom 21. März d. J. auf den 9. April d. J. vormittags 11 Uhr anberaumte Bezeichnungstermin ist aufgehoben.

Angleich werden die früher aufgestellten, zum 1. Juli 1896 geänderten noch rückläufigen Schuldenverschreibungen

Nr. 898, 2675 und 3572 plus 500,-

mit welchen die höchste Reihe I Nr. 18 bis 20 nebst Zinssteinen- und Zinssteuerabsetzungen entsprechend sind, wiederholt und mit den Summen aufgerufen, dass deren Bezahlung aufgehoben hat, und dass dieselben mehrfach werden, wenn sie während 10 Jahren höchstens einmal öffentlich ausgeschrieben und befestigt werden, nicht spätestens dann am nächsten Jahresfest auch dem letzten öffentlichen Auftritt zur Einlösung eingereicht werden.

Bemerkung: In den Tilgungen werden von den obengenannten Stellen, sowie von der Staatschulden-Dienststelle zeitgleich verabfolgt.

Berlin, den 2. April 1896.

Königlich Preußische

Hauptverwaltung der Staatschulden.

v. Hollmann.

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 9. April.

Die Landesversammlung der Sozialdemokratischen Sosseens, die gestern und vorgestern in Dresden stattfand, um die hier umstrittene Frage zu lösen, welche Haltung die Partei nach Einführung der Dreiklassenwahl einzunehmen habe, hat, wie vorausgesprochen war, mit einer Niederlage Dergenzen geworfen, die verlangten, dass längst die löslichen "Grenzen" sich nicht mehr an den Wahltagswahlen beteiligen und dass diejenigen sozialdemokratischen Mitglieder der

Zweiten Kammer ihre Mandate wiederlegen sollten. Es handelte sich im Grunde um diesen Verlangen, dessen Hauptvertreter der Geschäftsführer der "Leipziger Volkszeitung", Herr Dr. Schönlan, war, um nichts Untereilt, als um den Vertrag, der jüdischen Parteien das Recht aus der Hand zu nehmen und die sonst von dieser Partei bei den Wahltagen verfolgten soviel, wie in der Zweiten Kammer betriebene Agitation und Wahlerei der Parteipresse, speziell der "Leipziger Volkszeitung", zu überlassen und dadurch den Einfluss dieses Organes zum maßgebenden zu machen. Es war natürlich, dass nicht nur die jüdische Wahltagsschule in ihrer überwiegenden Mehrheit, sondern auch die Berliner Parteifanslaien diese Verlangen sehr energisch widerlegten und das schließlich Herr Dr. Schönlan unterlag. Die sozialdemokratischen Mitglieder unserer Zweiten Kammer werden also ihre Mandate beibehalten und die Partei wird sich vorlängig an den nächsten Wahltagabnahmen beteiligen. Der Erfolg dieser Verhandlung wird zweifellos auch zu jener Zeit bestätigt werden, die für die Einführung des Dreiklassenwahlsystems zu einer kräftigen Agitation für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Sachen ausgeweitet werden müsse, zu einer Agitation, welche nicht nur die Wiederherstellung des alten Wahlrechts, sondern auch die Befreiung des Gewissens fordert. Man hofft, dass die dieser Agitation auf die Unterstützung jener bürgerlichen Elemente, welche ihre Vergangenheit gegen das Dreiklassenwahlrecht mit Gründen motivieren, die für die Befreiung eines jeden Gewissens sprechen. In dieser Hoffnung halte man sich und verzage sich nicht. Das ist die erste Lehre, die der Parteitag den bürgerlichen Elementen gegeben hat. Man sieht dort so groß, wie — um mit Herrn Dr. Schönlan zu reden — die sozialdemokratische Partei es gewölk ist; man sieht, dass die Machtfrage, welche die Leidenschaften am bestreiten zu erwarten scheint, aber man verhinderte sich am Ende darüber, dass "Heimatkämpfer" die Aktionstrakt schwäbe, und beschloss die gemeinsame energische Aktion, von der man so mehr erwartet, je zusätzlicheren Gewissens klappt. Man kann nicht nur das, was die sozialdemokratischen zwei Wahltagsschulen für den auf dem Frankfurter Parteitag vereinbarten Abgeordneten für Wörth als "Hölzepaten" aufzutragen, um sich eine Vertretung in den parlamentarischen Kommissionen zu sichern, und der "Umriss" der vorjährigen Schlüsse des württembergischen Parteitages in Sachen der "Heilbronner Wette". Augenblicklich geht der "Vorwärts" bei der "Verarbeitung" dieser Panne von dem Grundjagde aus, dass "der Stiel nicht alles zu roffen braucht." Blödner aufstieg in die Sitzungshalle, mit der scharf in Heidelberg als auch in Stuttgart die "Agrarfrage" behandelten worden ist. Abgezogen in dem in Stuttgart geführten Wahlkreis, in dem Parteivorstand "Schwäbische Tagwacht" den Marktbericht landwirtschaftlicher Produkte zu veröffentlichen und in zwangsläufigen Freiheitskundungen, die sich mit den "landwirtschaftlichen Verbündeten" befassten soll, ist die Agrarfrage auf den beiden Parteitagen kaum gestreift worden, obwohl die süddeutschen "Grenzen" sonst kein Bedenken tragen, derartige "Heilbronner" auch in ihrem partikularen Interesse eingehend zu erörtern. Vermöglich liegen die Dinge so, dass die "collectivistischen Bauernschüler" der sozialdemokratischen Propaganda sich so wenig zugänglich erweisen, dass man es vorgezogen hat, die Resultate dieser Propaganda zu verschweigen. Herzogshofen ist noch der Gegenstand, der wieder einmal zwischen Gewerkschaftsbewegung und politischer Organisation auf dem Kongress der Hand-

diensten die "Ordnungsparteien" nicht befreien, als das nach dem nächsten Wahltagsschule die Herren, die einander in Dresden die größten Freuden hatten, gemeinsam auf die bürgerlichen Heldenhelden der revolutionären Wähler traten und tranken.

Außer der Landesversammlung der Sozialdemokraten Sachsen hat die parlamentarische Schrein eine solche Hochstätte von sozialdemokratischen Parteitagen, und zwar dem sozialdemokratischen Gewerkschafts-Kongress gehabt, das der "Vorwärts" sich genötigt sieht, auf die Bezeichnung über diese nähere zwei volle Weilagen zu verzweigen.

Sozialdemokratische Parteien haben nämlich jenseit getagt

im Baden-Württemberg und für Württemberg in Stuttgart; im Auslande fanden Parteitage statt in Oesterreich in Prag, für Belgien in Charleroi. Gewerkschaftscongressen halten die sozialdemokratischen Handlungen und Parteitagen und der Verband der Tertiärarbeiter und Arbeitnehmer ab; ferner fand ein Schweizer Gewerkschaftscongress in Zürich statt. Der räumlichen Ausdehnung der Reiche im "Vorwärts" über alle diese Versammlungen entspricht freilich der Inhalt nur wenig und schon eine überblühende Vergleichung der Beiträge des "Vorwärts" mit denen anderer Blätter ergibt, dass die interessanteren Momente der Verhandlungen in den Referaten des "Centralorgan" bedeutend zu kurz gekommen sind. Auffällig sind das jüngste Moment, die für die Sozialdemokratie wenig erkenntliche Natur sind. Die "fratwollen" Aussenkundungen i. S. die auf dem Congress auf dem ersten "roten Karren" eine bedeutende Rolle spielen, werden im "Vorwärts" ebenso stark und prahlhaft behandelt, wie die nemliche "Stegmiller" in Baden, wo die sozialdemokratischen zwei Wahltagsschulen für den auf dem Frankfurter Parteitag vereinbarten Abgeordneten für Wörth als "Hölzepaten" aufzutragen, um sich eine Vertretung in den parlamentarischen Kommissionen zu sichern, und der "Umriss" der vorjährigen Schlüsse des württembergischen Parteitages in Sachen der "Heilbronner Wette". Augenblicklich geht der "Vorwärts" bei der "Verarbeitung" dieser Panne von dem Grundjagde aus, dass "der Stiel nicht alles zu roffen braucht." Blödner aufstieg in die Sitzungshalle, mit der scharf in Heidelberg als auch in Stuttgart die "Agrarfrage" behandelten worden ist. Abgezogen in dem in Stuttgart geführten Wahlkreis, in dem Parteivorstand "Schwäbische Tagwacht" den Marktbericht landwirtschaftlicher Produkte zu veröffentlichen und in zwangsläufigen Freiheitskundungen, die sich mit den "landwirtschaftlichen Verbündeten" befassten soll, ist die Agrarfrage auf den beiden Parteitagen kaum gestreift worden, obwohl die süddeutschen "Grenzen" sonst kein Bedenken tragen, derartige "Heilbronner" auch in ihrem partikularen Interesse eingehend zu erörtern. Vermöglich liegen die Dinge so, dass die "collectivistischen Bauernschüler" der sozialdemokratischen Propaganda sich so wenig zugänglich erweisen, dass man es vorgezogen hat, die Resultate dieser Propaganda zu verschweigen. Herzogshofen ist noch der Gegenstand, der wieder einmal zwischen Gewerkschaftsbewegung und politischer Organisation auf dem Kongress der Hand-

versammlungen heraustrat. In Berlin wurde die politische

Organisation, die Partei, als Hauptziel der Bewegung erklart, während in Wien das Ziel um Anerkennung erzielt, ohne die Gewerkschaften schenkt die Partei in der Partei. Von sonstigen Einzelheiten verzichten wir nur noch die Verbreitung der Thatsachen, die man sich auf dem bürgerlichen Parteitag mit der Begegnung zu Schulden kommen ließ, die Nationalliberalen hätten bei den Wahl-

aufschlagsabstimmungen im Landtag nicht die Mehrheit, sondern die "ridiculöse" Gemäß" einzuhören lassen. Demgegenüber sei festgestellt, dass erst bei den Nachwahlen die nationalliberalen Mehrheit in der Zweiten bürgerlichen Kammer, welche bei den Hauptwahlen noch nicht erreicht wurde, wieder hergestellt worden ist.

Im Frankreich hat sich die Lage infolge des Conflicts

zwischen Ministerium und Senat recht ungünstig

gestaltet. Der Ministerrat wird heute eine Entscheidung

treffen über die Credits für Madagaskar, welche der

Senat am 21. April prüfen und voraussichtlich ablehnen wird. Beide Minister halten es für möglich, auf das

Vertan des Senats nicht Rücksicht zu nehmen und die

bis zum 19. Mai, dem Tage des Wiederzusammentritts

der Deputiertenkammer, notwendigen Anträge zu machen.

Der Ministerpräsident Bourgeois hält es jedoch für besser,

die Kammer einzuberufen, um sich über die Credits zu äußern

und darum zu prügen, ob die Kammer nicht die Rechte des

Senats missbraucht wolle, indem sie sich bis zum

19. Mai vertage. Bringt Bourgeois als der Klügere durch, so

bedeutet das freilich eine Rücksicht gegenüber dem Senat, aber

dieser würde sich durch das Entgegenkommen des Ministerrates

gerne verführen lassen, und somit wäre der Verfassungsconflict,

der schließlich nur mit einer in mehrfacher Hinsicht höchst

bedeutlichen Revision enden könnte, wieder einmal befeindigt.

Dass beide Theile froh sein werden, wenn der bürgerliche

Staat in Güte beigelegt ist, liegt auf der Hand, denn

in Petersburg zeigt man sich wegen des die Republik

verkomplizierenden Hader bereits sehr ungehalten.

Die "Republik", welche in dem Conflicte des Senats mit der

Regierung die Lände von politischen Kräften für Frankreich erbilden

wollten, abgetreten haben, dass der Senat selbst handelt, indem er

in gegenwärtiger Regierung Schwierigkeiten bezieht,

weil er durch den Widerstandswiderstand nicht das rasch

erwünschte Einvernehmen in der ehemaligen Krone verhindert. In Russland bedankte man deshalb lediglich den Bruch des Wettiner Senates, der auf seiner Verhandlung in Frankreich ausdrücklich darüber dachte. Die "Rouen-Bewegung" meint, die Vergangenheit in Frankreich mache einen Friedlichen Einstand. Wenn auch der Gesetz des Senates mit der Regierung die Lände von politischen Kräften für Frankreich erbilden, abgetreten haben, dass der Senat selbst handelt, indem er

in gegenwärtiger Regierung Schwierigkeiten bezieht, so ist er doch geeignet, Wissen und Kräfte im Inneren Frankreichs herauzzuholen. Die Herren Senatorn haben die Haltung der Regierung in der Domäne

gezeigt, während er gerade dieser Haltung zu verdanken ist, dass die Regierung des deutschen Reichs

den Frieden in Frankreich und England nicht zugehen

könnte. Sie ließ sich jedoch nichts davon merken, sondern

fragte nur: "Morgen? Und allein? Wohin denn?"

"Jugendwohn", erklärte er. "Ich weiß nicht." Er fühlte,

dag er jetzt von Rechts wegen den Verschlag hätte machen

müssen, mitzukommen, aber das hätte ihn in der Ausführung seiner Pläne gehindert und seine Abenteuerlust gedämpft. Er schwang sich rasch in den Sattel.

"Ich ist so schwul", sagte Frau Lydia, die ihre Entzündung

über sein Schreien hinter ihrer Wiede vorbrechenden mütterlichen Angstfurcht fast vergaß. "Ich weiß gewiss ein Ge-

witter geben. Sie nimmt gar nichts mit? Und Du reist?

"Das ist ja furchtbar leichtkunig, Harry. Ich liebt Dich an..."

Zum ersten Mal im Leben erschien ihm die mütterliche

Verfügung, die ihn während seines ganzen Daseins begleitet

hatte und ohne die er sich nie eigentlich überkauft nicht vorstellen konnte, übertrieben und quälisch. Sie hatte eine

unbekügelbare Empfindung dabei und sie bediente ihn in seiner

zweiten Auflage aufwändig. Er wusste, dass sie einiges zum Trost

seiner Pläne gehabt und er ja wohl kein Kind mehr. Er ärgerte sie, dass sie ihm im

Grauen gar nicht zu unrecht hatte, wenn sie einmal auf seine

allzugroße Abhängigkeit von seiner Mutter aufspielte. Früher

war sie das, was sie zum Beweisfeste gelommen.

Heute machte sie eine ungewöhnliche Handbewegung gegen Frau Lydia zu und riss

ihre Hände voneinander. "Sie ist jetzt ein weiteres Geschwätz davon."

Um nach Delling zu gelangen, riss sie die anderenhalb

Meilen entfernte Station einer kleinen Zweigbahn zu ver-

lassen, die in einer halben Stunde vorhin brachte, wenn

er den richtigen Zug traf. Die ganze Strecke zu Delling

verlief durchgehend, wie die Dellinger Offiziere, war ihm zu an-

strengend; sie hielten sich über die Mutter aufspielte. Früher

war sie das, was sie zum Beweisfeste gelommen.

Heute schenkte sie für Harry nicht.

Früher schenkte sie für Harry nicht.

Paris gehörig anzubieten und auszubauen, aber man ist im Interesse, wenn man glaubt, daß die deutsche Diplomatie ihre Entscheidung von heute auf morgen ändere, zumal wenn kein greifbarer Anlaß dazu ersichtlich ist. Die Auswesenheit Hohenlohe's in Paris hat durchaus nichts Außößliches, da die Fürstin Hohenlohe-Wittgenstein jedes Jahr mindestens einmal nach Paris zu kommen pflegt und da man weiß, daß Fürst Hohenlohe keine Gemahlin, ohne irgend einen politischen Zweck zu verfolgen, begleitet. Fürstin Hohenlohe hat noch aus früherer Zeit eine Wohnung in der Avenue du Bois de Boulogne. Selbstverständlich beobachtet Fürst Hohenlohe das französische Projekt und hat nur wenige Besuche gemacht. Über dies alles kann man in Paris beruhigt sein: Unsere Zustimmung zu dem Sudamerikanischen England hat durchaus keine Spur gegen Frankreich und bietet nicht weniger als einen Praceventual, aus welchem auf eine Annäherung an England geschlossen werden könnte.

Der Rückzug Menelik's nach Malakka giebt den italienischen Militärs und Politikern zu denken. Man mußte annehmen, daß, wenn die Friedensverhandlungen schließen, der Regen sich zu einem Vorstoß gegen Somora entschließen würde, was zur Zeit das italienische Expeditionscorps in wohlverdienten Stellungen steht. Ansatt stellt sich der fürechte König der Könige, der den Italienern nicht weniger als drei Jahre vor Verlagerungen gebracht und 2000 Kriegsgesangene gemacht hat, durch die herausragende Regenzeit und den in seinem Lager derselben Abrechnung getragen, sich mit seinem 80 000 Mann starken Heere in das Innere seines Reiches zurückzuziehen und befindet sich bereits 100 km südlich von Aswa, seinem früheren Hauptoperationspunkt. Nur die beiden königlichen Feinde der Italiener, Ras Alula und Ras Mangasha, sind mit einem Corp von 20 000 Mann in der Nähe von Aswa, wo befandlich noch immer ein italienisches Corp eingeschlossen ist, zurückgeblieben. Angezeigt dieser Situation erkennt die Lage compliciert. General Baldissera steht vor der Frage, ob er sich noch weiter auf die Defensivseite beziehen oder sofort zum Angriff des Abgriffs vorgeben und sich in einem Kampf mit Ras Alula und Ras Mangasha einzufügen soll. Die Erfolge, die die Italiener feiern bei Aswa gegen die Dervische erwungen haben, würden diesen Vorstoß wesentlich erleichtern. Die Italiener nacheinende "Tribuno" schreibt zu diesen Erfolgen, die selben seien eine erste Rührung an das Cabinet Italiens, keinen überzeugten und vernünftigen Frieden mit Menelik abzuschließen. Die italienischen Soldaten hätten gezeigt, daß sie unter geringer Führer selbst gegen eine Übermacht zu fügen verstanden. Daß man sich England gegenüber nicht verpflichtet, Rosalia zu halten, bis der Sudanzug entschieden ist, jetzt wäre es Zeit, es aufzugeben und zu einem die militärische Ecke Italiens rettenden Schlag gegen Menelik auszubilden, der offenbar unter großem Verprovokationschwierigkeiten leidet. Das Interesse gefaßt, wenn auch nur mit ganzer Rott, gerade noch einen Vorstoß nach Süden. Hoffentlich kommt es wenigstens zum Unfall Kriegs, da zu diesem Zweck Baldissera nicht seine ganze Macht aufwenden zu berechtigt.

Zwischen der russischen Regierung und Bulgarien schwelt ausgeblich, wie österreichisch-ungarische Blüter behaupten, die Frage des bulgarischen Schismas. Die bulgarische Kirche ist nämlich keine Landeskirche, sondern eine Nationalkirche. Ihr Oberhaupt ist der bulgarische Erzbischof in Konstantinopel, der, unabhängig vom östlichen Patriarchat, nicht bloß für die Bulgaren im Fürstentum Bulgarien und im Ostromland, sondern für sämmtliche Bulgaren auf der Balkanhalbinsel, also namentlich auch für diejenigen in Mazedonien, sein kirchliches Amt versieht. Dasselbe hat seitdem eine gesetzliche Bedeutung und versteckt in sich das auf Weiteres die großbulgarische Idee. Man meldet nun, daß von der russischen Botschaft in Konstantinopel Verhandlungen mit der Pforte und dem östlichen Patriarchat eingeleitet wurden, um das bulgarische Schisma zu befechten und so an Stelle des Erzbischofs eine autonome bulgarische Landeskirche, wie die serbische, griechische, rumänische Kirche, zu schaffen. Das Oberhaupt dieser Kirche hätte seine Residenz in Sofia und die Grenzen ihres Kompetenz innerhalb der Grenzen des Fürstentums Bulgarien und Ostromland. Die Bulgaren in Mazedonien und den andern unter direkter Oberhoheit des Sultans auf der Balkanhalbinsel geliegen Landstrichen würden aber der südlichen Initiative des östlichen Patriarchats überlassen und so ihre kirchlich-nationalen Sonderstellung und Autonomie verlustig gehen. Es ist begreiflich, daß nicht das bulgarische Erzbistum in Konstantinopel dieser "Reform" lebhaft widerstrebt. Die Befestigung des Erzbistums wäre, wie der "Pol. Corr." geschrieben wird, ohne allen Zweifel die Opposition des größten Teiles des bulgarischen Volks sowohl im Fürstentum, als auch in der Lücke hervorruft, da eben durch diesen Act das wichtigste Mittel zur Förderung der großbulgarischen Pläne auf der Balkanhalbinsel verloren ginge. Die Verlängerung des

Konstantinopler Aufenthalts des Fürsten Ferdinand von Bulgarien hängt, die Richtigkeit jener Wiedungen vorangetragen, wohl mit dieser Angesichtsetzung zusammen. Er hat sich jetzt zu überlegen, ob er sich der russischen Anregung begegnen und eben dadurch mit der Wehrheit seines Volkes in Widerstand legen oder gleich im Anfang das eben erst hergestellte Verhältnis zu Russland trüben will.

Hier die spanisch-amerikanischen Beziehungen: es und bleibt Gute der Stein des Anstoßes. In Madrid verfolgt man mit dem lebhaftesten Interesse den Fortgang der cubaneischen Propaganda aus amerikanischer Sphäre und ist von dem Beirat des Washingtoner Repräsentantenhaus zu der cubaneischen Resolution des Senats äußerst empfindlich berührt. Die Resolution lautet:

Beide Kammern des Senats wären Zustimmung des Hauses der Repräsentanten, daß nach dem Winken des Kongresses ein Kriegs- und zwischen den Regierungen von Spanien und der von dem Volk Kubas proklamieren und seit einige Zeit nach Weltgewalt aufgestellten Reaktion bestehen, und daß die Vereinigten Staaten von Amerika eine neutrale position, beiden streitenden Parteien dienen sollten, indem sie beiden alle Rechte der Siegesfahrenden in den Händen und auf dem Gebiete der Vereinigten Staaten gestopfen. Welches ist, daß die guten Freunde der Vereinigten Staaten durch den Präsidenten des spanischen Regierung angeboten werden könnten, der Unterstützung der Unabhängigkeit Kubas.

Da die beiden königlichen Feinde der Italiener, Ras Alula und Ras Mangasha, sind mit einem Corp von 20 000 Mann in der Nähe von Aswa, wo befandlich noch immer ein italienisches Corp eingeschlossen ist, zurückgeblieben. Angezeigt dieser Situation erkennt die Lage compliciert. General Baldissera steht vor der Frage, ob er sich noch weiter auf die Defensivseite beziehen oder sofort zum Angriff des Abgriffs vorgeben und sich in einem Kampf mit Ras Alula und Ras Mangasha einzufügen soll. Die Erfolge, die die Italiener nacheinende "Tribuno" schreibt zu diesen Erfolgen, die selben seien eine erste Rührung an das Cabinet Italiens, keinen überzeugten und vernünftigen Frieden mit Menelik abzuschließen. Die italienischen Soldaten hätten gezeigt, daß sie unter geringer Führer selbst gegen eine Übermacht zu fügen verstanden. Daß man sich England gegenüber nicht verpflichtet, Rosalia zu halten, bis der Sudanzug entschieden ist, jetzt wäre es Zeit, es aufzugeben und zu einem die militärische Ecke Italiens rettenden Schlag gegen Menelik auszubilden, der offenbar unter großem Verprovokationschwierigkeiten leidet. Das Interesse gefaßt, wenn auch nur mit ganzer Rott, gerade noch einen Vorstoß nach Süden. Hoffentlich kommt es wenigstens zum Unfall Kriegs, da zu diesem Zweck Baldissera nicht seine ganze Macht aufwenden zu berechtigt.

Zwischen der russischen Regierung und Bulgarien schwelt ausgeblich, wie österreichisch-ungarische Blüter behaupten, die Frage des bulgarischen Schismas. Die bulgarische Kirche ist nämlich keine Landeskirche, sondern eine Nationalkirche. Ihr Oberhaupt ist der bulgarische Erzbischof in Konstantinopel, der, unabhängig vom östlichen Patriarchat, nicht bloß für die Bulgaren im Fürstentum Bulgarien und im Ostromland, sondern für sämmtliche Bulgaren auf der Balkanhalbinsel, also namentlich auch für diejenigen in Mazedonien, sein kirchliches Amt versieht. Dasselbe hat seitdem eine gesetzliche Bedeutung und versteckt in sich das auf Weiteres die großbulgarische Idee. Man meldet nun, daß von der russischen Botschaft in Konstantinopel Verhandlungen mit der Pforte und dem östlichen Patriarchat eingeleitet wurden, um das bulgarische Schisma zu befechten und so an Stelle des Erzbischofs eine autonome bulgarische Landeskirche, wie die serbische, griechische, rumänische Kirche, zu schaffen. Das Oberhaupt dieser Kirche hätte seine Residenz in Sofia und die Grenzen ihres Kompetenz innerhalb der Grenzen des Fürstentums Bulgarien und Ostromland. Die Bulgaren in Mazedonien und den andern unter direkter Oberhoheit des Sultans auf der Balkanhalbinsel geliegen Landstrichen würden aber der südlichen Initiative des östlichen Patriarchats überlassen und so ihre kirchlich-nationalen Sonderstellung und Autonomie verlustig gehen. Es ist begreiflich, daß nicht das bulgarische Erzbistum in Konstantinopel dieser "Reform" lebhaft widerstrebt. Die Befestigung des Erzbistums wäre, wie der "Pol. Corr." geschrieben wird, ohne allen Zweifel die Opposition des größten Teiles des bulgarischen Volks sowohl im Fürstentum, als auch in der Lücke hervorruft, da eben durch diesen Act das wichtigste Mittel zur Förderung der großbulgarischen Pläne auf der Balkanhalbinsel verloren ginge. Die Verlängerung des

Konstantinopler Aufenthalts des Fürsten Ferdinand von Bulgarien hängt, die Richtigkeit jener Wiedungen vorangetragen, wohl mit dieser Angesichtsetzung zusammen. Er hat sich jetzt zu überlegen, ob er sich der russischen Anregung begegnen und eben dadurch mit der Wehrheit seines Volkes in Widerstand legen oder gleich im Anfang das eben erst hergestellte Verhältnis zu Russland trüben will.

Hier die spanisch-amerikanischen Beziehungen: es und bleibt Gute der Stein des Anstoßes. In Madrid verfolgt man mit dem lebhaftesten Interesse den Fortgang der cubaneischen Propaganda aus amerikanischer Sphäre und ist von dem Beirat des Washingtoner Repräsentantenhaus zu der cubaneischen Resolution des Senats äußerst empfindlich berührt. Die Resolution lautet:

Beide Kammern des Senats wären Zustimmung des Hauses der Repräsentanten, daß nach dem Winken des Kongresses ein Kriegs- und zwischen den Regierungen von Spanien und der von dem Volk Kubas proklamieren und seit einige Zeit nach Weltgewalt aufgestellten Reaktion bestehen, und daß die Vereinigten Staaten von Amerika eine neutrale position, beiden streitenden Parteien dienen sollten, indem sie beiden alle Rechte der Siegesfahrenden in den Händen und auf dem Gebiete der Vereinigten Staaten gestopfen. Welches ist, daß die guten Freunde der Vereinigten Staaten durch den Präsidenten des spanischen Regierung angeboten werden können, der Unterstützung der Unabhängigkeit Kubas.

Da die beiden königlichen Feinde der Italiener, Ras Alula und Ras Mangasha, sind mit einem Corp von 20 000 Mann in der Nähe von Aswa, wo befandlich noch immer ein italienisches Corp eingeschlossen ist, zurückgeblieben. Angezeigt dieser Situation erkennt die Lage compliciert. General Baldissera steht vor der Frage, ob er sich noch weiter auf die Defensivseite beziehen oder sofort zum Angriff des Abgriffs vorgeben und sich in einem Kampf mit Ras Alula und Ras Mangasha einzufügen soll. Die Erfolge, die die Italiener nacheinende "Tribuno" schreibt zu diesen Erfolgen, die selben seien eine erste Rührung an das Cabinet Italiens, keinen überzeugten und vernünftigen Frieden mit Menelik abzuschließen. Die italienischen Soldaten hätten gezeigt, daß sie unter geringer Führer selbst gegen eine Übermacht zu fügen verstanden. Daß man sich England gegenüber nicht verpflichtet, Rosalia zu halten, bis der Sudanzug entschieden ist, jetzt wäre es Zeit, es aufzugeben und zu einem die militärische Ecke Italiens rettenden Schlag gegen Menelik auszubilden, der offenbar unter großem Verprovokationschwierigkeiten leidet. Das Interesse gefaßt, wenn auch nur mit ganzer Rott, gerade noch einen Vorstoß nach Süden. Hoffentlich kommt es wenigstens zum Unfall Kriegs, da zu diesem Zweck Baldissera nicht seine ganze Macht aufwenden zu berechtigt.

Zwischen der russischen Regierung und Bulgarien schwelt ausgeblich, wie österreichisch-ungarische Blüter behaupten, die Frage des bulgarischen Schismas. Die bulgarische Kirche ist nämlich keine Landeskirche, sondern eine Nationalkirche. Ihr Oberhaupt ist der bulgarische Erzbischof in Konstantinopel, der, unabhängig vom östlichen Patriarchat, nicht bloß für die Bulgaren im Fürstentum Bulgarien und im Ostromland, sondern für sämmtliche Bulgaren auf der Balkanhalbinsel, also namentlich auch für diejenigen in Mazedonien, sein kirchliches Amt versieht. Dasselbe hat seitdem eine gesetzliche Bedeutung und versteckt in sich das auf Weiteres die großbulgarische Idee. Man meldet nun, daß von der russischen Botschaft in Konstantinopel Verhandlungen mit der Pforte und dem östlichen Patriarchat eingeleitet wurden, um das bulgarische Schisma zu befechten und so an Stelle des Erzbischofs eine autonome bulgarische Landeskirche, wie die serbische, griechische, rumänische Kirche, zu schaffen. Das Oberhaupt dieser Kirche hätte seine Residenz in Sofia und die Grenzen ihres Kompetenz innerhalb der Grenzen des Fürstentums Bulgarien und Ostromland. Die Bulgaren in Mazedonien und den andern unter direkter Oberhoheit des Sultans auf der Balkanhalbinsel geliegen Landstrichen würden aber der südlichen Initiative des östlichen Patriarchats überlassen und so ihre kirchlich-nationalen Sonderstellung und Autonomie verlustig gehen. Es ist begreiflich, daß nicht das bulgarische Erzbistum in Konstantinopel dieser "Reform" lebhaft widerstrebt. Die Befestigung des Erzbistums wäre, wie der "Pol. Corr." geschrieben wird, ohne allen Zweifel die Opposition des größten Teiles des bulgarischen Volks sowohl im Fürstentum, als auch in der Lücke hervorruft, da eben durch diesen Act das wichtigste Mittel zur Förderung der großbulgarischen Pläne auf der Balkanhalbinsel verloren ginge. Die Verlängerung des

Konstantinopler Aufenthalts des Fürsten Ferdinand von Bulgarien hängt, die Richtigkeit jener Wiedungen vorangetragen, wohl mit dieser Angesichtsetzung zusammen. Er hat sich jetzt zu überlegen, ob er sich der russischen Anregung begegnen und eben dadurch mit der Wehrheit seines Volkes in Widerstand legen oder gleich im Anfang das eben erst hergestellte Verhältnis zu Russland trüben will.

Zu dem christlich-socialen Parteitag waren etwa 120 Delegierte und Teilnehmer anwesend. Vor dem Eintritt der Delegierten wurde folgende telegraphische Botschaft erwartet:

"Der Sozialist beschließt, daß die christlich-socialen Institutionen in einer Stadt in den Städten ihre bisher endende Tätigkeit aufzunehmen und mit geöffneten, den lokalen Geschäftsführern entstehenden Wahlen ihre Ziel zu fordern hat. Arbeiterschaft, Handelsverkehr und Gewerbe sind zunächst dem allgemeinen Geschäft in christlich-socialen Sinne nahe zu bringen und daher zu wählen, daß staatliche und kommunale Institutionen den Bedürfnissen der verschiedenen sozialen, in besondere Stoff und Geiste stehenden Volksgruppen genügt werden. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung der gesetzlich-sellschaftlichen Schätzungen ernsthaft auszufüllen. Der Parteitag freut Herrn Hofprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner neuen Bemühungen, die Zustimmung der Delegierten, fordert die ihm übertragenen Befähigungen für die Durchführung

Der amtierende Major Max Broder angegriffen wurde. Major hatte am 3. November über das Evangelium „Gebet Gott, was Gott ist und dem Kaiser, was der Kaiser ist“ gepredigt und soll dabei, wie in der Correspondenz behauptet wurde, auf die Sozialdemokratie „geschimpft“ haben. In dem Artikel wurde vom „alten Pfäfflein mit runden Büscheln“ gesprochen, die „die Leute verdammen und auf die Sozialdemokratie blicken“ und gesagt, dass die Sozialisten kein „Gott“ eingefangen, um auf die Pfaffen acht zu geben usw. Der Angeklagte hatte eine Reihe von Personen angegriffen, die bezogenen sollten, dass die Behauptungen des Artikels der Wahrheit entsprächen. Der Wahrscheintest ist aber vollständig misslungen. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate und der Gerichtshof erkannte auf einen Monat Gefängnis.

— Die Erwahl im Reichstagswahlkreis Kupfer-Tempel für den verhinderten freiliegenden Abg. Behn findet am 21. Mai statt.

— Durch Verfügung des Ministers für Handelswirtschaft in der § 12 Abg. 1 der Dienstvorschrift für die königlich preußischen Förster vom 23. Oktober 1888, der die Einberufung des Holzabbaus-Contestes durch den Forstbeamten vorschreibt, aufgegeben und durch nachfolgende Beschluss erneut worden: „Wenn der Forstbeamte die folgenden Erfolgen der Wahrheit entsprächen, so ist er jetzt davor als auch von der künftigen erfolgten Beurteilung der Regierung durch seinen Vorlesungen Anzeige zu erhalten.“

— Im Berliner Amt für Obdachlose wohnten im vergangenen Monat 9610 Männer und 639 Frauen.

— Der Geheime Regierung- und vorliegende Rath im Ministerium für Landwirtschafts-Büro v. Scherr-Eckholt ist zum Geheimen Ober-Regierungs-Rath ernannt worden.

— **Cottbus.** 8. April. Eine von mehreren Tausend streikenden Textilarbeiter besetzte Versammlung erklärte, nach wie vor zu Verhandlungen bereit zu sein, um etwaige feindselige Versuche der Fabrikanten die Arbeit aber nicht aufzunehmen, sondern den Streik aufrecht zu erhalten.

— **Böhm.** 8. April. Eine von Gewerbetreibenden aus zahlreichen Städten Böhmen hat lebhafte Versammlung beschlossen, energischen Protest gegen die in zweiter Fassung berichtigten Bestimmungen, betreffend das Verbot des Detailverkaufs, zu erheben, sowie eine Deputation nach Berlin zu entsenden, welche mit den einzelnen Fraktionen in Beziehungen treten soll. Bea den in die Versammlung anwesenden Vertreter der sozialdemokratischen Partei und auch trat Regierung enthalten gegen die Vorlage auf, während Triebborn seine bindenden Versprechungen gab.

— **Görlitz.** 8. April. Zur Teilnahme an der Hochzeit, der Prinzessin Auguste und des Prinzen v. Hohenlohe-Langenburg und ihrer angesiedelt: der Kaiser und die Königin, der Großherzog und die Großherzogin von Sachsen, der Prinz-Deutschland Ferdinand von Braunschweig und Hannover, der Herzog und die Herzogin von Sachsen, zugleich mit dem König von England, die Kronprinzessin und die Prinzessin Prudentia von Sachsen, der Herzog von Hohenlohe-Langenburg und Sachsen, der Erbprinz und die Erbprinzessin Herzog v. Sachsen, der Erbprinz und die Erbprinzessin Herzog v. Sachsen, der Herzog von Sachsen, der Herzog von Sachsen-Lauenburg, Großherzog Paul von Sachsen und Prinz und Prinzessin Philipp von Sachsen.

— **Nürnberg.** 8. April. Der bayerische conservativen Partei sprach sein Bedauern über das Auscheiden Störer's aus der conservativen Partei aus.

— **Straßburg i. Els.** 8. April. Der Großherzog und die Großherzogin von Baden sind mit dem Großherzog und der Erbgroßherzogin hente Rademag zum Besuch des Stadthalters Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg hier eingetroffen.

— **München.** 7. April. Die „Allg. Zeit.“ schreibt laufend: „Ein Berliner Blatt weiß seinen Leuten unter dem Antheim genauere Informationen mitzuteilen, daß in der Frage ob die Bauverwaltungen einerseits den norddeutschen Bewohnern der Bayerischen Landschaftung in Nürnberg, andererseits den bayerischen — richtiger wäre vielleicht: den süddeutschen, schweizer und südwestdeutschen — Bewohnern der Berliner Gewerbe-Anstellung Abberichtigungen gewähren werden, habe eingetreten sei, und zwar, wie man zu wissen glaubt, nicht durch die Schul-Preußen“, d. h. in diesem Falle vermutlich durch jene Bayern. Es ist, gutem Vernehmen nach, richtig, daß zwischen Preußen und Bayern über solche Preis-

ermäßigungen konflikt wurde. Dagegen wird durchaus ungünstigend berichtet:

— Bayern erhält sich bereit, auf allen seinen Staatsbahnhöfen, ebenso wie nach Nürnberg, almonatlich einen Zugang nach Berlin zu lassen, falls Preußen ungleichlich ist, reziproke, auf allen seinen Staatsbahnhöfen beiderseits almonatlich einen Zugang nach Nürnberg einzuführen.

Vielleicht hat Bayern mitgeteilt, daß es in jedem Monat zum Besuch der Nürnberger Ausstellung entweder auf jeder bayerischen Straße einen Sonderzug ablassen, oder einen Fahrrampenwagen aufgestellt werde, für welchen Fahrgäste zum einfachen Preis mit der Berechnung zur fahrtreinen Rückfahrt ausbezogen würden. Bayern würde die Besucher der Berliner Ausstellung (von Nürnberg, München oder Augsburg aus) die gleiche Entfernung eintragen lassen müsse. Von preußischer Seite wurde aber letzteres abgeschlagen. In Folge dessen wurde die Generaldirektion der bayerischen Staats-eisenbahnen ermächtigt, von der Gewöhnung befreiter Verkehrsleichterungen für den Besuch der Berliner Gewerbe-Ausstellung vorläufig abzusehen.“

Frankreich.

— **Paris.** 9. April. Die Regierung beauftragte ihre Justizminister, die Durchhaltung der Konsolidiertheit von Staaten auf das Gewebe zu prüfen. Es handelt sich um rückläufige Staatsabgaben von vielen Millionen.

Italien.

— **Rom.** 8. April. Die Königin Margherita begab sich heute Abend in das Hotel Central zum Besuch der Prinzessin Adelheid von Schleswig-Holstein, der Mutter der deutschen Kaiserin. — Der König von Spanien ist incognito in Rom eingetroffen. — Der deutsche Gesandte in Wien, Graf zu Eulenburg, ist in Rom eingetroffen. — Der deutsche Gesandte in Wien, Graf zu Eulenburg, ist in Rom eingetroffen.

— **Rom.** 8. April. Eine von Gewerbetreibenden aus zahlreichen Städten Böhmen hat lebhafte Versammlung beschlossen, energischen Protest gegen die in zweiter Fassung berichtigten Bestimmungen, betreffend das Verbot des Detailverkaufs, zu erheben, sowie eine Deputation nach Berlin zu entsenden, welche mit den einzelnen Fraktionen in Beziehungen treten soll. Bea den in die Versammlung anwesenden Vertreter der sozialdemokratischen Partei und auch trat Regierung enthalten gegen die Vorlage auf, während Triebborn seine bindenden Versprechungen gab.

— **Görlitz.** 8. April. Zur Teilnahme an der Hochzeit, der Prinzessin Auguste und des Prinzen v. Hohenlohe-Langenburg und ihrer angesiedelt: der Kaiser und die Königin, der Großherzog und die Großherzogin von Sachsen, der Prinz-Deutschland Ferdinand von Braunschweig und Hannover, der Herzog und die Herzogin von Sachsen, zugleich mit dem König von England, die Kronprinzessin und die Prinzessin Prudentia von Sachsen, der Herzog von Hohenlohe-Langenburg und Sachsen, der Erbprinz und die Erbprinzessin Herzog v. Sachsen, der Erbprinz und die Erbprinzessin Herzog v. Sachsen, der Herzog von Sachsen-Lauenburg, Großherzog Paul von Sachsen und Prinz und Prinzessin Philipp von Sachsen.

— **Nürnberg.** 8. April. Der bayerische conservativen Partei sprach sein Bedauern über das Auscheiden Störer's aus der conservativen Partei aus.

— **Straßburg i. Els.** 8. April. Der Großherzog und die Großherzogin von Baden sind mit dem Großherzog und der Erbgroßherzogin hente Rademag zum Besuch des Stadthalters Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg hier eingetroffen.

— **München.** 7. April. Die „Allg. Zeit.“ schreibt laufend: „Ein Berliner Blatt weiß seinen Leuten unter dem Antheim genauere Informationen mitzuteilen, daß in der Frage ob die Bauverwaltungen einerseits den norddeutschen Bewohnern der Bayerischen Landschaftung in Nürnberg, andererseits den bayerischen — richtiger wäre vielleicht: den süddeutschen, schweizer und südwestdeutschen — Bewohnern der Berliner Gewerbe-Anstellung Abberichtigungen gewähren werden, habe eingetreten sei, und zwar, wie man zu wissen glaubt, nicht durch die Schul-Preußen“, d. h. in diesem Falle vermutlich durch jene Bayern. Es ist, gutem Vernehmen nach, richtig, daß zwischen Preußen und Bayern über solche Preis-

Northern Pacific Reorganisation. Vereinigte Bautzner Papierfabriken.

New-York, Philadelphia und Berlin, 4. April 1896.

Nachdem die Besitzer von **zwei Dritteln** der bestehenden Beiträge der nachverzeichneten Bonds, Certificate und Notes bereits entweder selbst oder durch Bevollmächtigte den Reorganisationsplan und Vertrag vom 16. März 1896 angenommen haben, werden die noch ausstehenden Inhaber von

Northern Pacific General Second Mortgage Bonds,
Northern Pacific General Third Mortgage Bonds,
Northern Pacific Dividend Certificates,
Northern Pacific 5% Consolidated Mortgage Bonds,
Northern Pacific Collateral Trust Notes,
Northern Pacific Vorzugs Aktien,
Northern Pacific Stamm Aktien,
North West Equipment Aktien

und der darüber ausgestellten Quittungen von Trust Companies hierdurch zur Sicherung derselben bei einer der unterzeichneten Hinterlegungsstellen

bis zum **23. April d. Js. einschließlich** gegen Empfangnahme entsprechender Hinterlegungsscheine aufgefertigt.

Nach diesem Termine erfolgende Hinterlegungen können entweder zurückgewiesen oder nur noch auf Grund besonderer von den Geschäftsführern vorzuschreibender Bedingungen zur Reorganisation zugelassen werden.

Inhaber der von der Merchantile Trust Company von New-York bisher für auf Grund des Bondholders-Vertrages vom 18. Februar 1894 hinterlegten Bonds ausgegebenen Hinterlegungsscheine (Certificates), welche diese noch nicht befreit Theilnahme am Plan und Vertrag vom 16. März 1896 haben abtreppen lassen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Certificate bei einer der unterzeichneten Stellen bis zum

23. April 1896 einschließlich

zwecks Aufstellung des Beitrags verzögern“).

Die Geschäftsführer sind berechtigt, nach ihrem Ermessen diejenigen Inhaber solcher Hinterlegungsscheine gänzlich von der Theilnahme an dem Plan ausschließen, welche die erforderliche Abstreitung ihres Beitrages zu dem Plan und Vertrag nicht vornehmen lassen.

Die auf die Aktien erforderlichen Baarzahlungen sind an noch bekanntzugebenden Terminen zu leisten.

Die Inhaber von Northern Pacific Wertpapieren werden ersucht, Druckexemplare des Plans und Vertrages von uns zu beziehen, da alle Deponentes durch denselben verpflichtet werden. Viele der Inhaber der Wertpapiere einzelheiten sind in denselben enthalten. Diese weiteren, die Reorganisation betreffende Auskunft wird auf Wunsch der Inhaber von Wertpapieren bereitwillig von uns ertheilt.

J. P. Morgan & Co., New-York.
Drexel & Co., Philadelphia.
Deutsche Bank, Berlin.

* Die Besitzer von Certificates der Deutschen Verbindungen über II., III. und Cons. Mortgage Bonds werden durch die vorstehende Auflösung nicht berührt, da sie am 2. cr. abgeschlossene General-Versammlungen für alle Mitglieder der Vereinigung einstimmig angenommen haben.

Deutsche Bank.

Einjähr.-Freiw.-Examen.
Vorlesung in Tages- und Abenduren in Dr. H. Schusters Privat-Institut, Leipzig, Sidonienstraße 59, am Spielplatz.

Bei den Prüfungsergebnissen wird bemerkt, daß z. B. nicht vereiste Oberlehrerinnen wiederholt nach 1. Jahr dem Besuch der Institut die Prüfung bestanden und damit 1. Jahr geworden haben. Erfolge mit gleichem Zeitraum sind auch bei Rauhmen z. B. erreicht worden. — Professur fest. Spieldate 11.—1 Uhr.

Amerif. Kopfwäsche Vereinigte Bautzner Papierfabriken.

S. & H. Treddin, 8. April (Anträger). Nach einer

Wahlberichtigung nahm gestern das Werk Vandtschungsgegenstande Dresden (Treddin). Er tritt in längeren Ausführungen für die Wahlberichtigung ein, dann muß verhindern, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen. Die Abnehmer teilen mit, daß sie keine Wahlberichtigung haben.

— **9°. — 27 Mark pro Aktie** beschlossen und kann ebenfalls vom 9. April ab an

unserer Cässe, sowie auch bei der **Vandtschungs-Bank** hier und deren Filiale in Dresden,

Dresdner Bank in Dresden,

Herrn G. E. Heydemann hier und in Löbau,

Herrn Vetter & Co. in Leipzig

gegen Abgabe des Dividendenrechtes Nr. 24 erhöht werden.

Baum, am 8. April 1896.

Die Direction:

J. Schwanzara. L. Porzig.

(Schles.)

S. & H. Treddin, 8. April (Anträger). In der Nachmittags-Sitzung nahm gestern das Werk Vandtschungsgegenstande Dresden (Treddin). Er tritt in längeren Ausführungen für die Wahlberichtigung ein, dann muß verhindern, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen. Die Abnehmer teilen mit, daß sie keine Wahlberichtigung haben.

— **Das Wahlbericht** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahlbericht bezeichnen.

— **Die Wahlberichtigung** ist in Sachsen und Thüringen nicht mehr gültig, da es nicht verhindert werden kann, daß sich die Abnehmer und Freiwilligen den britischen Wahl

